

DER ATOMMÜLL-KONFLIKT

oder: warum ihn auch diese Atommüllkommission nicht lösen wird



Atomkraftwerke produzieren seit Jahrzehnten
Zigtausende Tonnen Atommüll!
Kein Gramm davon ist bisher schadlos entsorgt.

1 MILLION JAHRE
muss der Atommüll sicher gelagert werden



PolitikerInnen denken an ihre nächste Wahl
IN VIER JAHREN ...

SO WOLLTEN POLITIK UND ATOMINDUSTRIE DAS
ATOMMÜLLPROBLEM BISHER „LÖSEN“



- die **Müllmenge** vervielfachen („Wiederaufarbeitungsanlagen“)
- in absaufende und einstürzende **Salzbergwerke** kippen (Asse, Morsleben)
- ins **Meer** schütten (Atlantik)
- in unsicheren **Hallen** oder **Kellern** unterstellen („Zwischenlager“)
- geplant: in einem maroden **Salzstock** vergraben (Gorleben)
- geplant: in absaufende **Eisenerzgruben** packen (Schacht Konrad)



DER ATOMMÜLLKONFLIKT



ATOMINDUSTRIE & POLITIK

wollen den Müll irgendwo loswerden



BEVÖLKERUNG

wehrt sich



Ein schwarz-rot-gelb-grüner Parteien-Konsens kann den Atommüllkonflikt nicht lösen. Nötig ist ein **gesellschaftlicher Konsens** – vor allem mit denen, die heute und künftig mit den strahlenden Hinterlassenschaften zu kämpfen haben.

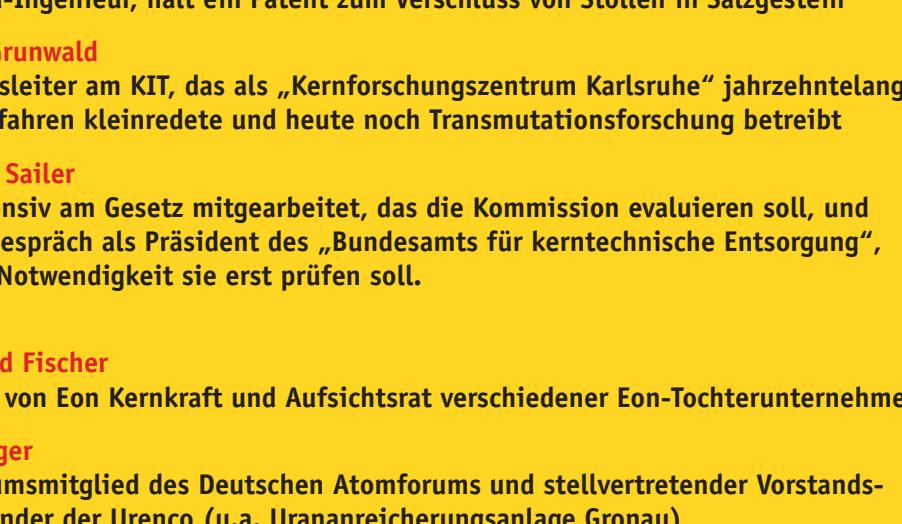
DAS ENDLAUGERSUCHGESETZ



- Keine **Mitbestimmung** der betroffenen Bevölkerung
- Kein **Konsens über das Verfahren**
 - PolitikerInnen haben es vorab festgelegt
- Die Atommüllkommission darf zwar reden, kann aber **nichts ändern**
- Der Salzstock Gorleben bleibt im Rennen
 - die „weiße Landkarte“ hat einen **dicken Fleck**
- 8 AKW laufen noch viele Jahre weiter – Deutschland bleibt der **zweitgrößte Atommüllproduzent** in der EU ...



GORLEBEN VERGIFTET DAS VERFAHREN

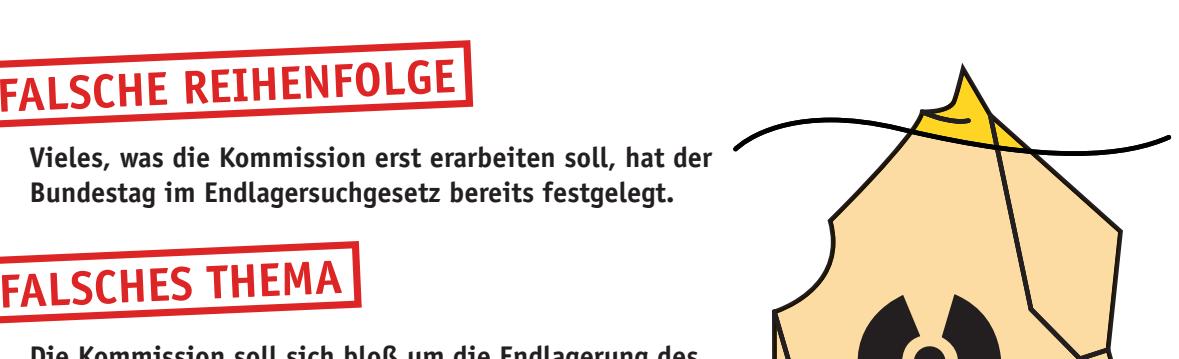


1,6 Milliarden Euro hat die Atomindustrie investiert, um ein Endlager in Gorleben durchzusetzen. Solange Gorleben im Verfahren bleibt, steht jede Diskussion und jedes Kriterium immer unter dem Verdacht, dass es nur darum geht, diesen Standort durchzusetzen oder zu verhindern. Vertrauen und Akzeptanz können so niemals entstehen.

WEM VERTRAUT DIE BEVÖLKERUNG BEIM THEMA ATOMMÜLL?

DIE ATOMMÜLLKOMMISSION

FÄLSCHE BESETZUNG



Ursula Heinen-Esser (CDU)

hat das Gesetz mit erarbeitet, das die Kommission evaluieren soll. Michael Müller (SPD) hat als Staatssekretär mit dafür gesorgt, dass allein die SteuerzahlerInnen die miliardenhohen Sanierungsmaßnahmen der Atommüllkippe Asse II bezahlen müssen, obwohl drei Viertel der Radioaktivität in der Asse von den Atomkonzernen stammen.

Bruno Thomauske

Ex-Atommanager und ehemals verantwortlich für die Endlagerprojekte Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben, Präsident des Deutschen Atomforums

Hubert Steinheimer

Verwaltungsjurist und Atomhardliner aus dem Umweltministerium

Hartmut Gaßner

Rechtsanwalt, der im Regierungsauftrag unsichere Zwischenlager gegen den Willen der AnwohnerInnen durchboxte

Wolfram Kudla

Bergbau-Ingenieur, hält ein Patent zum Verschluss von Stollen in Salzgestein

Armin Grunwald

Institutleiter am KIT, das als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ Jahrzehntlang Atomgefahren kleinredete und heute noch Transmutationsforschung betreibt

Michael Sailer

hat intensiv am Gesetz mitgearbeitet, das die Kommission evaluieren soll, dessen Notwendigkeit sie erst prüfen soll.

Bernhard Fischer

Ex-Chef von Eon Kernkraft und Aufsichtsrat verschiedener Eon-Tochterunternehmen

Gerd Jäger

Präsident des Deutschen Atomforums und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Urenco (u.a. Urananreicherungsanlage Gronau)

Erhard Ott (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender des Eon-Aufsichtsrates

Edeltraud Gläntz (SPD)

Stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, die die Bergleute in Gorleben angehören

Georg Milbradt (CDU)

ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen

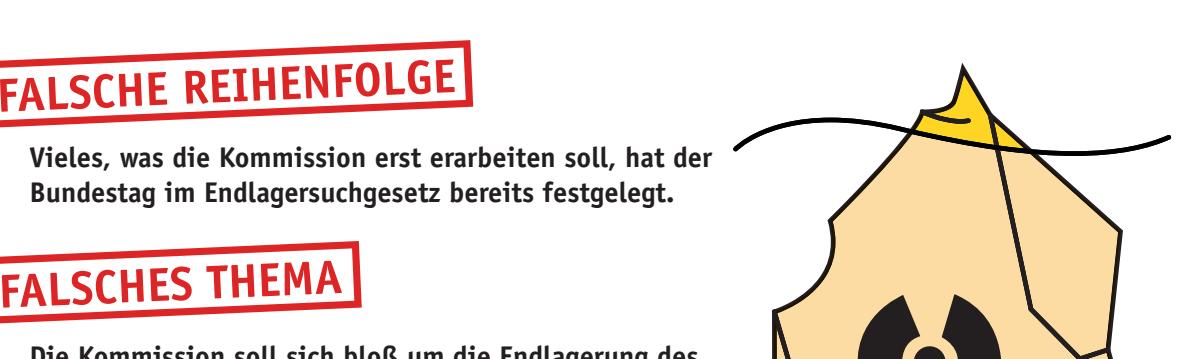
Klaus Brunsmeier (BUND)

ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen

Jörg Sommer (Deutsche Umweltstiftung)

hat die beiden für Umweltverbände vorgesehenen Plätze gegen das explizite Votum fast aller mit dem Atommüllkonflikt befassten Umweltverbände, Anti-Atom-Organisationen und -Initiativen besetzt.

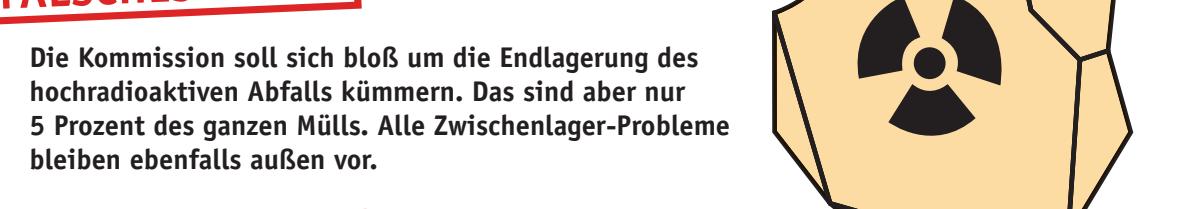
FÄLSCHE REIHENFOLGE



Vielles, was die Kommission erst erarbeiten soll, hat der

Bundestag im Endlagersuchgesetz bereits festgelegt.

FÄLSCHES THEMA



Die Kommission soll sich bloß um die Endlagerung des

hochradioaktiven Abfalls kümmern. Das sind aber nur

5 Prozent des ganzen Mülls. Alle Zwischenlager-Probleme

bleiben ebenfalls außen vor.

FÄLSCHER MODUS



Die Kommission entscheidet mit 2/3-Mehrheit. Eine Sperrminorität von nur sechs

Mitgliedern reicht aus, um jedes Kriterium zu verhindern, das den Standort Gorleben

ausschließt. Am Ende bleibt es bei Gorleben – ganz egal, wie ungeeignet

der Salzstock dort ist.

FÄLSCHES ERGEBNIS



Ergebnis: sie liefern Es wird keine Akzeptanz für das Ergebnis erlangt.

Der Atommüll-Konflikt bleibt weiter ungelöst.